

Zum Erscheinungsbild des provokativ-demonstrativen Vorgehens

Im Jahre 1988 wurden durch die Linie IX Ermittlungsverfahren gegen insgesamt 1045<sup>+</sup> (377) Personen in Bearbeitung genommen, die durch eine derartige Handlungsweise von den Staatsorganen der DDR die Genehmigung zur Übersiedlung in das kapitalistische Ausland zu erzwingen versuchten.

In Reaktion auf die seit dem 2. Halbjahr 1987 zunehmend feststellbaren Versuche übersiedlungersuchender Personen, sich zusammenzuschließen und strukturell zu formieren und durch ein z. T. überwiegend abgestimmtes öffentlichkeitswirksames Vorgehen von den staatlichen Organen der DDR die Genehmigung der Übersiedlung zu erpressen, war die Untersuchungstätigkeit im Berichtszeitraum verstärkt darauf konzentriert, in Zusammenarbeit mit den operativen Diensteinheiten des MfS und dem Zusammenwirken mit anderen Schutz- und den Justizorganen sowie mit den gesellschaftlichen Kräften in der DDR eine stabile innere Ordnung und den störungsfreien Ablauf internationaler Veranstaltungen sowie gesellschaftspolitischer Höhepunkte zu gewährleisten.

Dazu waren die Anstrengungen unter Ausnutzung aller strafrechtlichen, ordnungsstrafrechtlichen und strafprozessualen Möglichkeiten und deren differenzierte Anwendung darauf ausgerichtet:

- Zusammenschlüsse übersiedlungersuchender Personen mit teilweise bereits entwickelten konkreten Organisationsstrukturen weiter aufzuklären und zu zersetzen sowie Versuche zur Neuformierung des Personenkreises als permanent mobiles Kräfte- und Druckpotential des Gegners nicht zuzulassen,

<sup>+</sup> Zu der auf Seite 56 angeführten Zahl von 921 derartigen Tätern sind weitere Personen hinzuzuzählen, deren Ermittlungsverfahren wegen Informationsübermittlung ins Ausland (90), Verbindung zu ausländischen Stellen (13) bzw. öffentlicher Herabwürdigung (21) bearbeitet wurden.